# S1NEU System: ändern. Klima: retten!

Antragsteller*innen:
Tagesordnungspunkt: TOP 4 Schwerpunktthema Klimaschutz

Von 1850 bis 2017 stieg die globale Durchschnittstemperatur auf der Erde um 1 Grad. Innerhalb des laufenden Jahrhunderts könnte dies nochmal um 2 bis 4 Grad erhöht werden.

Aktuell steigt der Meeresspiegel je Dekade um 3 cm. Bis 2100 könnten es 2 Meter sein.

Seit 1969 wurden die ersten 700 Meter der Weltozeane 0,17 Grad wärmer.

Die Meeresoberflächen sind heute im Vergleich zur vorindustriellen Zeit um 30 Prozent saurer.

Die Zone des Dauerfrostes in den nördlichsten Regionen der Welt ist um 100 km zurückgegangen - bis 2040 wird es dort kein Eis mehr geben.

Tauende Permafrostböden, freiwerdendes Methan von Meeresböden und die Überhitzung und Zerstörung der größten Wälder dieses Planeten wie des Amazonas-Regenwaldes und der Taiga können unumkehrbare Ereignisse lostreten. Sie sind die Kippelemente kurz vor dem Point of no Return, der uns bevorsteht.

Und unablässig wird dieser menschengemachte Klimawandel durch die Mühlen unseres Wirtschaftssystems vorangetrieben!

## Klima, Krise, Kapitalismus

Der historisch enge Zusammenhang von Klimakrise und Kapitalismus ist nicht zu leugnen. Die Entwicklung von Wirtschaft und Industrie ist direkt verbunden mit wachsenden CO2-Ausstößen und ebenso direkt mit der steigenden globalen Durchschnittstemperatur. Wirtschaftswachstum beruht im kapitalistischen System immer auch auf einem steigenden Ressourcenverbrauch. Bisher ist es nicht gelungen, diese beiden Faktoren voneinander zu entkoppeln. Versuche, den Verbrauch von Ressourcen von wirtschaftlichem Wachstum zu entkoppeln, führten bisher immer zu sogenannten Rebound-Effekten: Gesteigerte Effizienz führte nicht zu weniger umweltschädlicher Produktion, sondern zu einer Radikalisierung des Wirtschaftens!

Zusammengefasst: Eine Korrektur innerhalb der kapitalistischen Wirtschaftsweise führt nicht zu einem gleichbleibenden oder gar sinkenden Ressourcenverbrauch. Das Gegenteil ist der Fall. Es gibt daher keinen Anlass, auf einen ökologisch nachhaltigen Kapitalismus zu hoffen!

## Unendliches Wachstum auf einem Planeten mit endlichen Ressourcen? Unmöglich!

Nach Marx‘ Grundformel des Wirtschaftens ist die Basis des Kapitalismus eine „Vermehrung“ von Geld mithilfe eines Mehrwertes, der durch Arbeit, Ressourcen, Transport usw. einer Ware entsteht. Dieser Mehrwert hängt also direkt von den

zur Verfügung stehenden Rohstoffen ab. Damit erklärt sich, wie die unendliche Wachstumswirtschaft derzeit an globale, planetare Grenzen stößt.

Unser derzeitiges kapitalistisches Wirtschaftssystem basiert auf Profiten, die durch den Raubbau an Ressourcen und dem Streben nach unendlichem Wachstum generiert werden. Unendliches Wachstum ist inkompatibel mit den endlichen natürlichen Ressourcen unseres Planeten und führt daher notwendig zu Umweltzerstörung und Klimawandel. Daher stößt die derzeitige weltweite Wachstumswirtschaft an globale, planetare Grenzen. Hier hilft kein „Ideenwettbewerb" um die besten und schönsten Elektrofahrzeuge, wie von einigen vorgeschlagen. Hier hilft nur ein radikales Umdenken jenseits von Sprüchen, die eine Vereinbarkeit des aktuellen Wirtschaftssystems mit reellem Klimaschutz heucheln. Die vergangenen 25 Jahre deutscher Klimapolitik haben nämlich genau eines geschafft: Keinen Effekt. Die einzigen relevanten Emissionssenkungen der 1990er Jahre hängen vordergründig mit dem Abwracken der einstigen ostdeutschen Industrie zusammen, nicht mit einem grüneren Kapitalismus. Ansonsten hat sich wenig bis nichts getan. Neben dem Bundeswirtschaftsministerium steht das Ministerium für Umwelt und Naturschutz macht- und ideenlos da.

## Ansätze innerhalb des Systems zeigen keine Wirkung

Globale Klimagipfel zeigen jedes Jahr wieder die Dringlichkeit des Klimawandels auf, verändern jedoch wenig: ihr Einfluss auf klimatisch feststellbare Veränderungen ist quasi nicht nachweisbar. Maßnahmen wie der Europäische Emissionshandel sind stark umstritten und zeigen mindestens insofern keine Wirkung, als dass die Europäische Union, inklusive der wegen ihr verursachten Emissionen im Globalen Süden, für die vergangenen 25 Jahre einen Netto-Emissionsanstieg verzeichnet.

Nicht zuletzt tut sich besonders Deutschland bzw. die deutsche Klimapolitik schwer mit radikalem Handeln, auch wegen einer starken Kohle- und Diesellobby.

## Klima kennt keine Grenzen!

Während Menschen auf der Nordhalbkugel besonders mit anhaltenden Trockenphasen rechnen müssen, kommt es auf der anderen Seite des Planeten zu einer Zunahme von Fluten und Stürmen. Nationen könnten durch den steigenden Meeresspiegel quasi versenkt werden, Küstenregionen werden unbewohnbar, das Sterben von Meereskorallen bedroht das Leben einer halben Milliarde Menschen, deren Versorgung damit zusammenhängt.

Dazu kommen noch hochaktuelle Gefahren für die Trinkwasserversorgung in vielen Ländern des globalen Südens: Beispielsweise sind natürliche Trinkwasservorräte in den Anden in 20 Jahren erschöpft. Besonders wertvolle Güter wie Wasser, Land, Wald und Artenreichtum könnten umkämpft sein und zu Ressourcenkonflikten bis hin zu Kriegen führen.

Das wahrscheinlich ungerechteste Detail an all diesen Folgen ist, dass die Auslöser dieser Konsequenzen sich im globalen Norden finden. Die Klimaschuld liegt bei jenen, die den Klimawandel selbst sehr viel weniger spüren und spüren werden: Den wohlhabenden Industriestaaten dieser Welt, darunter auch Deutschland.

Hier zeichnen sich bereits weitreichende Konsequenzen unseres Wirtschaftens ab: neben den ökologischen werden uns auch soziale Folgen treffen. Eine davon werden globale Migrations- und Fluchtbewegungen sein: schätzungsweise bis zu 200 Millionen Klimaflüchtende wird es bis 2050 geben. Wir als GRÜNE JUGEND Bayern fordern daher, die Klimakrise global und nicht regional oder national zu denken. Klimaschutz ist kein Heimatschutz, sondern muss in den weltweiten Kontext eingeordnet und dort auch mit radikalen Mitteln erkämpft werden. Denn: Mehr Zeit bleibt uns nicht. Außerdem fordern wir Solidarität mit allen Menschen, deren Leben von den Folgen des Klimawandels bedroht sind. Da wir mit unserer Wirtschaftsweise unseren den hiesigen Wohlstand auf der kapitalistischen Ausbeutung des globalen Südens bauen, sind wir auch verantwortlich für die dort zunehmend drastischen negativen klimatischen Auswirkungen. Wir fordern die Gewährleistung von Hilfe vor Ort sowie die Aufnahme von Menschen, die wegen massiver klimatischer Veränderung flüchten müssen.

No Climate Justice without Gender Justice!

Eine andere große soziale Folge des Klimawandels bleibt oftmals noch unbeachteter: Die Intersektionalität von Negativfolgen der globalen Erwärmung und der weltweit unterschiedlich auftretenden Diskriminierung von Frauen! Klimaschutz muss für uns immer auch eine feministische Frage sein und so fordern wir damit einhergehend Geschlechtergerechtigkeit!

Gründe dafür gibt es mehr als genug. So ist die Gefährdung durch Klimakatastrophen bei Frauen weltweit betrachtet wesentlich höher als bei Männern. Ironischerweise nehmen bedeutend weniger Frauen als Teil von Delegationen an Klimagipfeln teil. Klimapolitische Maßnahmen werden dadurch in erster Linie männlich gedacht und betreffen daher meist nur männliche Lebensrealitäten. Dass Geschlechtergerechtigkeit und nachhaltige Wirtschaftssysteme zusammengedaxcht werden müssen,ist wissenschaftlich erwiesen. Wenn Frauen am Verhandlungstisch sitzen, sind Klimaschutz und Klimafolgen-Management nachweislich effizienter.

Wen betrifft die Klimafrage? Durch die Zerstörung von Biodiversität wird Armut weltweit zunehmen und bereits heute sind 80 % der weltweit ärmsten Menschen Frauen. Frauen werden direkter von zunehmenden Seuchen und Krankheiten durch Wasserarmut sowie -verunreinigung betroffen sein, da sie Kranke pflegen und dadurch einem höheren Infektionsrisiko ausgesetzt sind. Gleichzeitig werden Geschlechterfragen in globalen Klimaabkommen oft gar nicht erwähnt – kein Wort darüber findet sich im Kyoto-Protokoll von 1997, auch 2015 beim Pariser Klimaabkommen wird die Problematik lediglich in der Präambel erwähnt.

Paradoxerweise leisten Frauen, doppelt durch die Herrschaftsverhältnisse im Kapitalismus und Patriarchat eingeschränkt, einen wesentlich geringeren Beitrag zur Klimaerwärmung, aber leiden mehr unter den Auswirkungen. Das zeigt sich auch in den Industriestaaten, wo Frauen stärker unter jeglicher klimatischer Veränderung leiden, verstärkt durch häufiger fehlende Hilfe im sozialen Umfeld im Alter und bei Krankheit. Gleichzeitig haben Frauen einen geringeren Energieverbrauch als Männer: Sie nutzen seltener ein eigenes Auto, häufiger ÖPNV oder Fahrrad.

Die GRÜNE JUGEND Bayern fordert daher reelle Gleichstellung der Geschlechter, besonders in der Klimafrage. Wir fordern eine höhere Repräsentation von Frauen

in Verhandlungen zu Klimaabkommen, jedoch auch allgemein mehr Präsenz von Nicht-Cis-Männern in Politik, Gesellschaft und Wirtschaft. Patriarchale Machtstrukturen in politischen und gesellschaftlichen Entscheidungsprozessen müssen aufgebrochen werden. Nötig dafür ist eine geschlechtsneutrale frühkindliche und jugendliche Bildung, Mittel können auch eine Frauen*quote in Unternehmen und Parlamenten sein. Bei der Verwendung finanzieller Mittel für klimapolitische Anpassungsmaßnahmen muss die Methode des Gender Budgeting angewendet werden, sodass tatsächlich Verbesserungen für die Lebensrealitäten von Frauen erreicht werden können.

## Klassenkampf statt Konsumkritik

Klimaschutz und das Retten unserer Lebensgrundlagen wurde in den letzten Monaten mehrheitsfähig. Selbst Konservative und Liberale haben gemerkt, dass wir ohne den Schutz unseres Planeten keine Zukunft haben, über die sich streiten lässt.

In vielen Teilen der Gesellschaft hat es sich durchgesetzt, statt der Plastiktüte zum Jutebeutel zu greifen, weitestgehend auf tierische Produkte zu verzichten oder Fair Fashion zu kaufen - ökologischer und bewusster Konsum wurde zum Lifestyle.

Die Änderung des eigenen Konsum- und Verbrauchsverhalten wird als einfach und radikal genug gesehen, um unsere Lebensgrundlagen zu retten.

Jedoch dürfen wir die Veränderung unseres Klimas und der Erde nicht allein auf unseren individuellen Konsum zurückführen. Die Zukunft unseres Planeten wird nicht am Supermarktregal entschieden.

Das individuelle Konsumverhalten als Schlüssel der Klimakrise zu begreifen, verkennt die Marktlogik des Kapitalismus und dient letztendlich nur dem kapitalistischen System selbst.

Weiterhin verschließt sich die Konsumkritik jeglicher sozialer Ungleichheit. Der Verzicht als moralisch überlegene Art zu leben, ignoriert die Frage, wer sich faire Kleidung, die Bambus-Zahnbürste und Bio-Produkte überhaupt leisten kann.

Menschen, die Monat und Monat um ihre Existenz fürchten und in Armut leben, können sich schlichtweg kein konsumkritisches Leben leisten und ein konsumkritischer Einkauf wird auch nichts an Armutsverhältnissen ändern.

Niemand bestreitet, dass es sinnvoll ist, zum Jutebeutel zu greifen oder zum fair produzierten T-Shirt - Konsumfragen sind aber Klassenfragen.

## Kapitalismus: abschaffen.

Der Konsum der Menschen basiert nicht rein auf individuellen Entscheidungen, sondern ist das Ergebnis der Produktions- und Lebensweisen unserer Gesellschaft. Dieser Prägung des Kapitalismus können wir uns nicht entziehen. Im kapitalistischen System erhält der Mensch seine gesellschaftliche Anerkennung durch den Besitz und den Erwerb von Waren. Ein Verzicht auf den Konsum von Gütern, die unsere Bedürfnisse befriedigen, greift lediglich den Menschen an, der in diesem System lebt, aber nicht das System selbst.

Es braucht wirksame politische Maßnahmen bis hin zu einer Systemänderung, um unsere Lebensgrundlagen zu schützen, Pflanzen- und Tierarten zu erhalten und die Klimakrise zu stoppen - und nicht einen moralisierten Konsum von Individuen.

Gemeinsam sollten wir uns für eine deutliche Kritik am Kapitalismus stark machen, endlich auf progressive Sozialpolitik setzen und schließlich aus dem ausbeuterischen System ausbrechen!

One Struggle! One Fight!

Neben politischen Maßnahmen müssen wir raus auf die Straße oder in die Grube. Wir müssen unseren politischen Forderung eines Systemwandels Nachdruck verleihen.

In den letzten Monaten schlossen sich tausende junge Menschen zusammen, um für ihre Zukunft auf die auf die Straße zu gehen. Woche für Woche kamen jeden Freitag Schüler*innen, Studierende, Auszubildende und junge Menschen zusammen, um wirksamen Klimaschutz einzufordern - denn die beste Ausbildung und Weiterbildung der Welt bringt nichts, wenn unser Planet kurz vor dem Kollaps steht.

Gleichzeitig solidarisierten sie sich mit der Schülerin und Klimaaktivistin Greta Thunberg, die den Schulstreik ins Leben gerufen hat und seit Sommer 2018 jeden Freitag streikt.

Neben den aufkommenden Fridays for Future Protesten engagieren sich seit Jahren immer wieder viele Aktivist*innen gegen den Abbau von Braunkohle. Die GRÜNE JUGEND Bayern schließt sich Ende Gelände in der Forderung an, den Kohleausstieg jetzt einzuleiten
. Wir fordern die Abkehr vom Kapitalismus für einen tiefgreifenden sozial-ökolgischen Wandel!

Wir solidarisieren uns ganz klar mit allen jungen Aktivist*innen für unseren Planeten - ob bei Ende Gelände, bei Fridays for Future oder im Hambi!

Der Klimaschutz braucht sofortige Maßnahmen, denn es ist schon viel zu spät. Deshalb geht zu Fridays for Future, fahrt zu Ende Gelände, seit laut für den Systemwandel!

## Begründung

Erfolgt mündlich.